

HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT DER PERSONALRAT DER REFERENDAR*INNEN

Hanseatisches Oberlandesgericht – Personalrat der Referendar*innen,
Dammthorwall 11 – 13, 20354 Hamburg

Präses der Behörde für Justiz
und Verbraucherschutz der
Freien und Hansestadt Hamburg
Frau Senatorin Anna Gallina
Drehbahn 36
20354 Hamburg

Dammthorwall 11 - 13
20354 Hamburg

Telefon: 040 - 4 28 43 - 3262

Zimmer: 3040

E-Mail: Personalrat.PerRef@olg.justiz.hamburg.de

nachrichtlich:

Hamburg, den 20. November 2020

Lena Zagst, MdHB
Urs Tabbert, MdHB

Frau Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Boele-Woelki, Bucerius Law School
Herr Professor Dr. Tilman Reppen, Universität Hamburg

Hamburgischer Anwaltverein
Hamburgischer Richterverein

Keine Streichung von Referendariatsstellen

Sehr geehrte Frau Senatorin,

der Personalrat der ReferendarInnen hat Kenntnis erlangt, dass Sie derzeit erwägen, die Referendarsausbildung in Hamburg um 50 Rechtsreferendarstellen zu kürzen. Wir erachten diese Pläne für wenig nachhaltig und überaus schädlich für den Rechtsstandort Hamburg.

Vor dem Hintergrund der drohenden Pensionierungswelle und bereits bestehenden Nachwuchssorgen in der Justiz darf an der Referendarsausbildung nicht gespart werden. Bis zum Jahr 2031 werden bundesweit etwa 11.700 der insgesamt 28.400 RichterInnen und StaatsanwältInnen in den Ruhestand gehen, das sind rund 41 Prozent der RichterInnen und StaatsanwältInnen (siehe Deutscher Richterbund, Die personelle Zukunftsfähigkeit der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland, S. 7). Auch in der öffentlichen Verwaltung besteht ein steigender Bedarf an qualifizierten JuristInnen. Die Stadt Hamburg hat sich bislang in der komfortablen Situation befunden, auf im Hamburger Referendariat gut ausgebildete JuristInnen zurückgreifen zu können. Dieser Vorteil würde durch die Streichung von Referendariatsstellen gefährdet werden. Derzeit ist es zwar in der Regel kein Problem JuristInnen mit zwei Prädikatsexamina für den Richterdienst in Hamburg zu gewinnen. Wenn aber in der Ausbildung gespart wird, droht auch Hamburg das (durch die Demographie verschärfte) Schicksal anderer Bundesländer.

Zudem würde die Streichung von Referendarstellen die Wartezeit für viele BewerberInnen auf einen Referendariatsplatz verlängern und dazu führen, dass ReferendarInnen vermehrt außerhalb Hamburgs ihr Referendariat absolvieren. Die Referendariatsausbildung würde somit wieder zum Nadelöhr auf dem Zugang zum Volljuristen werden. Bereits jetzt warten BewerberInnen mit Prädikatsexamen, die nicht in Hamburg studiert haben, bis zu einem Jahr auf ein Referendariatsplatz. BewerberInnen mit einem befriedigenden Examen sogar zum Teil bis zu zweieinhalb Jahre. Es ist zu vermuten, dass durch eine Reduzierung der Referendariatsstellen die Wartezeit auch für BewerberInnen mit Prädikatsexamen deutlich zunehmen wird und diese BewerberInnen – auf die die Stadt Hamburg später angewiesen ist – ihr Referendariat in einem anderen Bundesland absolvieren werden.

Dass die Corona-Krise zu massiven Belastungen der öffentlichen Haushalte führt, ist uns bekannt. Wir können jedoch nicht nachvollziehen, dass unter den geschilderten Umständen an der Ausbildung der nächsten Generation Hamburger RichterInnen, VerwaltungsbeamtlInnen und AnwältInnen gespart wird.

Mit freundlichen Grüßen

Fachschaftsrat

Rechtswissenschaft der
Universität Hamburg

Personalrat
der Rechtsreferendar*Innen

Studierendenvertretung
Bucerius Law School